

Sachdokumentation:

Signatur: DS 423

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/423



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Verabschiedet am 26.11.2016 von der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen

Chancen der Digitalisierung

Innovation zulassen - Stärken ausspielen

Die Digitalisierung, Industrie 4.0, verändert unsere Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend. Der Wandel klassischer Wertschöpfungsketten und neue Technologien schaffen Chancen für neue Geschäftsmodelle, Prozesse und Arbeitsplätze. Die FDP will, dass die Schweiz an der Spitze der technologischen Innovation bleibt und das Potenzial der Digitalisierung nutzt, um den Standort Schweiz weiter zu stärken. Die Aufgabe des Staates ist es jedoch nicht, Industriepolitik zu betreiben. Wir fordern, dass aktiv und rasch liberale Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Wirtschaft und Bevölkerung die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

1. Liberale Grundsätze für die Digitalisierung

Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, müssen wir Innovation zulassen. Auf die neuen Entwicklungen mit Verboten zu reagieren, ist sinnlos. Die Gesetze müssen sich der Digitalisierung anpassen, nicht umgekehrt. Es braucht keine am Reissbrett geplante Industriepolitik. Dies ist auch gar nicht möglich, denn der technologische Fortschritt ist viel dynamischer als die Regulierungstätigkeit des Staates je sein kann. Aufgabe des Staates ist es lediglich, die Rahmenbedingungen so festzulegen, dass der Fortschritt nicht behindert, sondern von den Behörden unterstützt wird. Die Digitalisierung wird von Gesellschaft und Wirtschaft vorangetrieben.

Die Schweiz ist bestens positioniert, um mit ihrem hervorragenden Bildungssystem und starken Kapitalmarkt das enorme Potenzial der Digitalisierung zu unseren Gunsten zu nutzen. Wir müssen auf wissensbasierte Exzellenz setzen, nur so bleiben wir wettbewerbsfähig. Alle Branchen werden vom technologischen Wandel betroffen sein. Der Verlust von bestehenden Arbeitsplätzen und Berufsfeldern wird aber langfristig durch die Schaffung von neuen wettgemacht. Es ist daher natürlich, dass Marktteilnehmer und Teile der Bevölkerung Respekt haben vor der Digitalisierung. Doch wenn die Schweiz Innovation zulässt, ihre Stärken ausspielt und sich unter den Digitalisierungsweltmeistern positioniert, profitieren wir alle von der Digitalisierung: Neue Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung werden geschaffen, Produkte und Dienstleistungen marktgerechter und personalisierter gestaltet sowie Prozesse und Behördengänge vereinfacht. Die Schweiz hat dank Offenheit und ihrer globalen Anbindung die besten Voraussetzungen, um ein über die nationalen Grenzen hinaus erfolgreicher Hub der Digitalisierung zu werden. Innovative Ideen, welche den Bedürfnissen des Marktes entsprechen, suchen sich immer einen Weg. Lassen wir den Fortschritt zu.

Ein grundlegendes Marktprinzip erhält durch die Digitalisierung neuen Auftrieb: Bessere Qualität dank Wettbewerb. Das Internet verbessert durch Transparenz zum Produktangebot, Produktvergleiche und Produktbewertungen die Kundeninformation. Gleichzeitig haben Anbieter durch diese Transparenz neue Möglichkeiten Produkte auf die Bedürfnisse der Konsumenten abzustimmen. Diese Entwicklung bietet grosses Potenzial, um staatliche Regulierung abzubauen und die Selbstregulierung durch den Wettbewerb zu stärken.

2. Digitale Wirtschaft: Raum für Innovation schaffen

Innovativen Schweizer Firmen, Startups, neuen Angeboten wie Crowdfunding, inflationsgesicherten Währungen wie Bitcoins oder Technologien wie Blockchain – für sie alle muss die Schweiz optimale Rahmenbedingungen bieten, damit wir das Wissen nicht ans Ausland verlieren. Neue Entwicklungen dürfen nicht in die alten Raster gezwungen werden. Funktionierende Angebote der Sharing Economy (wie UBER, AirBnB oder Sharoo) dürfen aufgrund überholter Regulierung nicht verunmöglicht werden. Diese stärken die Eigentumsrechte des Einzelnen, vergrössern den Anreiz, selber unternehmerisch tätig zu werden, erweitern das Angebot, optimieren die Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten sowie Ressourcen und führen daher zu einem ökonomischeren und ökologischeren Verhalten. Ähnliches gilt für Innovationen im Finanzplatz, im Bereich Fintech. Das Ziel: Weniger Regulierung für alle Marktteilnehmer. Der Selbstständigkeit und dem Unternehmertum dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Handelshemmnisse für digitale Dienstleistungen sollen zudem abgebaut werden.

Forderungen der FDP:

- › **Regulierung für alle Marktteilnehmer abbauen (Bspw. Ortskundeprüfung für Taxifahrer). Regulierung muss innovative Ideen zulassen indem weniger technische Umsetzungsdetails gesetzlich festgeschrieben werden, sondern vermehrt Grundsätze (z. B. das Ziel der Regulierung).**
- › **Arbeitsrecht flexibilisieren, Arbeitszeiterfassung liberalisieren¹.**
- › **Selbstständigkeit erleichtern: Beste Bedingungen für den Kapitalmarkt Schweiz, attraktive Steuerregeln für Mitarbeiterbeteiligungen und Verlängerung der Verlustverrechnung².**
- › **Handelshemmnisse für digitale Dienstleistungen abbauen.**

3. Digitales Wissen: Bildung, Unternehmertum und Forschung fördern

Mit unserem exzellenten Bildungssystem, unseren hervorragenden Hochschulen und der praxisnahen Berufsbildung haben wir eine gute Grundlage, um digitales Wissen in den Markt zu tragen. Das Bildungssystem muss sich aber auch den veränderten Voraussetzungen der Digitalisierung anpassen und digitales Wissen und die MINT-Fächer fördern. Dies beginnt bereits während der obligatorischen Schule: Einerseits muss die Schule die Informatikkenntnisse der Kinder fördern und die Schülerinnen und Schüler zu einer vertieften Reflexion darüber führen. Andererseits verlangen Beruf und Studium heute Kompetenzen in den Bereichen Medien, Informatik und Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien, welche früh erlernt werden müssen. (Hoch-)Schulabgänger müssen zudem ermächtigt werden, ihre Karrieren aktiv zu gestalten und nicht mehr von einem bestimmten Anstellungsverhältnis abhängig zu sein. Der Technologietransfer von Wissenschaft zum Markt und die Zusammenarbeit der Wirtschaft und Forschung ist entscheidend für den Erfolg der Schweiz im Digitalisierungszeitalter. Das Unternehmertum muss daher schon während der obligatorischen Schulbildung und bei der gesamten weiteren Ausbildung gefördert werden, damit die Selbstständigkeit eine berufliche Entfaltungsmöglichkeit für jeden wird. Die Schweiz muss zum wichtigsten Forschungsplatz für Digitalisierung in Europa werden. Die Hochschulen, der Schweizerische Nationalfonds SNF und die Kommission für Technik und Innovation KTI (die künftige Schweizerische

¹ [16.3066 Mo. Nantermod](#) „Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb“, [16.3068 Mo. Derder](#) „Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote“, [16.423 Pa. Iv. Keller-Sutter](#) „Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten“, [16.442 Pa.Iv. Dobler](#) „Arbeitnehmende in Startups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein“

² [13.4237 Po. Derder](#) „Für eine bessere Entwicklung innovativer Jungunternehmen“, [16.3863 Mo. Derder](#) „Unbefristete Verlustverrechnung zulassen“

Agentur für Innovationsförderung Innosuisse) sollen entsprechende Schwerpunkte setzen. Wir müssen den digitalen Talenten attraktive Rahmenbedingungen an Schweizer Hochschulen oder in der Wirtschaft bieten, damit wir sie nicht ans Ausland verlieren.

Forderungen der FDP:

- › **Digitales Wissen in Bildung, Weiterbildung und Forschung fördern.**
- › **Unternehmertum aktiv in die Ausbildung einbringen.**
- › **Die Schweiz zum wichtigsten Forschungsplatz für Digitalisierung in Europa machen.**
- › **Unbürokratische Visa-Verlängerung um fünf Jahre für ausländische Hochschulabgänger, die in der Schweiz ein Startup gründen, ermöglichen.**

4. Digitale Verwaltung: Moderne Dienstleistung für Bürger und Wirtschaft

Der physische Heimatschein ist exemplarisch für die alten Zöpfe, welche in der Verwaltung abgeschnitten gehören. Der Gang zur Behörde muss eine Seltenheit werden, daher sind gesetzliche Regelungen, welche „physische Beteiligung“ bedingen, anzupassen. Für eine rein elektronische Abwicklung der Geschäfte ist ein funktionstüchtiges System der digitalen Identität (eID) und der elektronischen Signatur absolut zentral. Dies wird auch neue Geschäftsmodelle und besseren Service von privaten Anbietern ermöglichen (Bspw. One-Click Krankenkassenwechsel, Online Hypotheken-Prüfung). Unternehmen müssen zudem über eine einheitliche Anlaufstelle (One-Stop-Shop) Bewilligungen bei der öffentlichen Hand einholen können. Behördendaten sollen wo immer möglich der Öffentlichkeit zugänglich sein. Auch die Justiz muss sich dem Wandel anpassen und der elektronische Austausch mit den Gerichten muss vorangetrieben werden. Des Weiteren fordern wir den Staat auf, Bürger und Unternehmen von Kontroll- und Statistikaufwand zu entlasten. Staatliche Behörden müssen beispielsweise bereits verfügbare Daten nicht wiederholt durch unterschiedliche Kontrollbehörden einfordern, sondern sollen diese untereinander mit Hilfe von E-Government zugänglich machen. Dies sollte im Bereich der flankierenden Massnahmen oder in der Landwirtschaft dazu führen, dass Unternehmer statt inflationär nur noch gezielt kontrolliert werden.

Forderungen der FDP:

- › **Ausbau des E-Governments, insbesondere Open Government Data und One-Stop-Shop³, E-voting flächendeckend einführen.**
- › **Die digitale Abwicklung von Sozial- und Unfallabgaben weiter fördern und neuen Geschäftsmodellen anpassen (z. B. die Einzahlung von Sozial- und Unfallabgaben für Uber-Fahrer ermöglichen).**
- › **Digitale Identität (eID) rasch einführen, Behörden sollen selber digitale Signaturen verwenden.**
- › **Vorrang des elektronischen Verfahrens bei neuen Dienstleistungen des Staates sicherstellen.**
- › **Elektronischen Geschäftsverkehr in der Justiz und beim Zoll vorantreiben.**
- › **Bürokratieabbau durch koordinierten Datenaustausch der staatlichen Kontrollbehörden erreichen.**
- › **Digitale Prozesse bei Regulierungsanforderungen von Aufsichts- und Regulierungsbehörden einführen (z. B. im Bereich Finanzmarktregulierung via Regtech).**

³ [15.3513 Mo. Wasserfallen](#) Bürokratieabbau. Einheitliche Anlaufstelle für Unternehmen, [15.3672 Mo. Noser](#) Bürokratieabbau. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben

5. Digitale Infrastruktur: Starkes Fundament für Digitalisierung

Eine exzellente Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung der Digitalisierung. Sie muss daher für die digitale Welt fit gemacht werden. Alles wird agiler, mobiler und dezentraler. Davon betroffen sind nicht nur die klassischen Telekom- und Mobilfunknetze, sondern z. B. auch die Stromversorgung. Neben der Beschleunigung des Ausbaus braucht es darum auch genügend Mittel für den Unterhalt. Die regulatorischen Voraussetzungen müssen die optimale Verwendung bestehender Infrastrukturen ermöglichen (z. B. mit Smart Grids). Die regulatorischen Eingriffe dürfen aber beispielsweise bei der gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität nicht vorauseilend sein. Viel eher braucht es verbindliche Branchenvereinbarungen. Zudem darf kein digitaler Graben zwischen Städten und Randregionen entstehen, der die Entvölkerung von entlegenen Gebieten vorantreiben würde. Speziell mit besseren Rahmenbedingungen für den Mobilfunkausbau kann dies verhindert werden. Mit dem Erhalt der bestehenden Datenschutzstandards soll die Schweiz auch künftig ein attraktiver und sicherer Serverstandort zur Speicherung von Daten bleiben. Die Digitalisierung bringt ebenfalls neue Risiken. Die Entwicklung von neuen Instrumenten muss dies im Bereich der Infrastruktur und der Gesetzgebung berücksichtigen.

Forderungen der FDP:

- › **Regulatorische Hindernisse abbauen, damit die Mitbenutzung bestehender Infrastruktur, die Erhöhung der Grenzwerte für Mobilfunkantennen und die Klärung von Zugriffsrechten und Standards ermöglicht wird (z. B. damit die Schweiz zu einem führenden 5G-Mobilfunk-Standort avanciert).**
- › **Verfahren für den Netzausbau beschleunigen und vereinfachen (Einsprachen, Bewilligungen etc.).**
- › **Keine vorauseilenden regulatorischen Eingriffe festlegen z. B. zur gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität).**
- › **Digitale Infrastruktur flächendeckend verbessern.**
- › **Bestehende Gesetze (FMG, RTVG, Datenschutz etc.) in ein schlankes, liberales Kommunikations- und Mediengesetz umwandeln.**
- › **Schweiz als sicheren Standort für Daten erhalten.**